

offen wie deutlich gesprochen, — wenn dem guten, alten Lord George ob einer so unvermeidlichen Schlußwuchsel gegenüber den bisherigen „Rebellen“ auch die Haare zu Berge stehen möchten.

Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß der englische Kurswechsel auch die Haltung der übrigen Mächte beeinflußt wird, soweit sie nicht schon von sich aus mit den Polenswirken gebrochen und Franco anerkannt haben. Voll anerkannt wurde die spanische Nationalregierung aber erst von Deutschland und Italien, während Portugal, Holland, Österreich, Ungarn, Jugoslawien und die Schweiz eine halbamtliche Anerkennung ausgesprochen haben. Nach dem „Abfall“ Englands werden nun wohl auch andere Mächte ihre Stellung zu den von Madrid aus dirigierten Valencia- und Barcelona-Polenswirken überprüfen. Ebenso wird die Arbeit des Richter im Sicherungsausschusses auf eine neue Ebene gestellt. Die Gewöhrung der Rechte Kriegsführender tritt jetzt immer härter in den Vordergrund, und es ist anzunehmen, daß nicht nur London, sondern auch die meisten übrigen Mächte in dieser Frage zu Auseinandersetzungen bereit sein werden. Nach dem Beschlüsse des Nordfront und der Einrichtung eines Flottenstützpunktes auf Mallorca gewinnt die Frage der Kriegsführenden Rechte für Franco immer größere Bedeutung. Er kann nur diese Rechte zuversichtlich sind, kann er auch außerhalb der Dreimillione-Schiffe anhalten und sie nach Kriegsmaterial durchsuchen, und zwar dann auch die unter neutraler Flagge fahrenden. Amelius der riesige Materialtransport nach Valencia und Barcelona durch italienische und französische Dampfer ist das von entscheidender Bedeutung.

In Paris hat die englische Umschau wie eine Bombe eingeschlagen. Die französische Regierung wird von

rechts und links unter Druck gesetzt. Von der Rechten bis weit herüber zur Mitte ist man der Ansicht, daß Frankreich dem englischen Beispiel folgt und ebenfalls aus dem falschen Zug austreten soll. Die Volksfrontkreise dagegen sind völlig aus dem Häubchen geraten. Ihr großes Morgenblatt „Le Soir“ sieht bereits die englisch-konservative „Populair“ ist der hervorragende Ministerpräsident Leon Blum in ausfälliger Weise gegen die „Conservative“ britische Regierung zu Felde gezogen, der er Fahnenschluss vorwirft. Die maßgebenden Kreise am Quai d’Orsay scheinen zuerst einmal Vogel-Strauß spielen und den Kopf in den Sand stecken zu wollen. Man versteht, daß das englische Vorgehen ein „völlig unpolitischer Akt“ sei, der „deutsche und italienische Unstüme in Salamanca“ neutralisiert soll. Man werde auf seinem bläßigen Standpunkt beharren, den Vorwurf der britischen Regierung also nicht folgen.

Niemand wird von der französischen Volksfrontregierung eine andere Haltung erwarten haben. Frankreich hängt sich wieder einmal als Bleielement an Europa, wie es das immer getan hat, wenn der Weg in eine neue, bessere Zukunft angetreten werden sollte. Gewiß, wir wollen den englischen Schritt nicht übersehen und ihm nicht weltanschauliche Beweggründe annehmen, die er nicht hat. Er ist rein praktischen, eigenmächtigen Zielen entstiegen, — eben jenen common sense des Anschlusses. Und doch möchten wir hoffen, daß dieser erste Schritt auf dem Wege zu einer europäischen Kulturkunstpolitik, wie sie von Adolf Hitler und Benito Mussolini immer wieder gefordert worden ist, weitere Stufen zieht. Nicht nur in Spanien, sondern auch auf dem Wege in ein besseres Europa ist für England der Auschluss zu verpflichten. Und noch ist der leise Zug nicht abgelaufen.

Deutsche Abordnung beim polnischen Staatspräsidenten

„Der erste Schritt zu einer weitgehenden Verständigung beider Völker“

Warschau, 5. November.

Auß Aulah der heute veröffentlichten Erklärung der polnischen Regierung über die Behandlung der deutschen Volksgruppen in Polen empfing der polnische Staatspräsident als Vertreter der deutschen Volksgruppen die Senatorn Hassbach und Wiesner und den Vertreter Kohnert. Der Staatspräsident hat seine Bekleidung über die in beiden Ländern veröffentlichten Erklärungen, die im Sinne der deutsch-polnischen Verständigung vom 26. Januar 1934 abgestellt sind, angedrückt und hat versichert, daß die deutsche Minderheit in Polen bei einer loyalen Einstellung zum polnischen Staat und dessen Verfassung auch weiterhin auf eine freundschaftliche Beziehung ihrer Interessen seitens der polnischen Regierung rechnen kann.

Bei dem Empfang, der auf dem Jagdschloß in Weichsel (Teilnehmer Schlesien) stattfand, ergriff Senator Wiesner das Wort zu folgender Erklärung:

Im Namen und im Auftrage der deutschen Volksgruppe in Polen danken wir Ihnen, Herr Staatspräsident, für die und soeben verständigte Erklärung. Wir begrüßen diese Erklärung mit besonderer Zustimmtheit aus dem Munde des Herrn Staatspräsidenten, aus dem über allen Meinungen stehenden Führer der Geschichte unseres Landes. Wir sind uns dafür bewusst, daß dies der erste Schritt zu einer weitgehenden Verständigung der beiden Völker ist und daß noch viel Arbeit vor uns liegt, soll dieses Verständigungswerk dauernd und von Erfolg begleitet sein. Mit dieser Erklärung wird von uns die kurze Spannung genommen, die auf uns allen in den letzten Monaten lastete. Wir hoffen, daß der Geist der Verständigung und der Verstärkung beiderseitigen Volksstamms alle durchdringen und daß diese von so großem Willen getragene Erklärung auch überall

in die praktische Tat umgesetzt werden wird. Wir Deutschen bringen diesen Willen mit und wollen weiter in treuer Pflichterfüllung zum Staat und zu unserem Volksstamme leben.

Zum Abschluß gab Senator Hassbach nachstehende Erklärung ab: Die uns soeben in so feierlicher Form auf Kenntnis gegebene Declaration bezüglich der Deutschen in Polen mit aufrichtigem Dank. In dieser Stunde wollen wir nicht die Sorgen vorbringen, die schwer auf uns lasten. Diese sind von uns in Wort und Schrift der Regierung zur Kenntnis gegeben worden. Wir nehmen von dem heutigen Empfang die Hoffnung mit, daß von nun an die Erledigung dieser Fragen im Geiste der Deklaration erfolgt. Wir geben deshalb unserer Aufrichtigen Ausdruck, daß der Entschluß der Regierung den Weg öffnet für das harmonische Zusammenleben zwischen dem polnischen Volk und den Staatsbürgern deutscher Nationalität. Das ist das Ziel, das wir seit Jahren angestrebt haben. Nehmen Sie bitte, Herr Staatspräsident, in dieser Stunde von historischer Bedeutung aus unserem Munde die feierliche Erklärung entgegen, daß wir Deutsche und voll und ganz als austauschige Bürger der Republik und mit ihrem Schicksal uns verbunden fühlen.

Botschafter v. Möltke bei Mostigli

Warschau, 5. November.

Der polnische Staatspräsident empfing den deutschen Botschafter in Warschau, von Möltke. In der Unterhaltung mit dem Botschafter gab der Staatspräsident seiner Bekleidung nachdrücklich Ausdruck, daß es seinem Ziel, unumstößlich für die deutsch-polnischen Beziehungen besonders bedeutsame Gebiet der Minderheiten eine Einigung zu erzielen.

Germanisierung und Polonisierung ist verwerflich

Das deutsch-polnische Minderheitenabkommen hat folgenden Wortlaut:

Die deutsche Regierung und die polnische Regierung haben Aulah genommen, die Lage der deutschen Minderheit in Polen und der polnischen Minderheit in Deutschland zum Gegenstand einer freundshaflichen Aussprache zu machen. Sie sind übereinstimmend der Überzeugung, daß die Behandlung dieser Minderheiten für die weitere Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen von großer Bedeutung ist, und daß in jedem der beiden Länder das Wohlergehen der Minderheit um so sicherer gewährleistet werden kann, wenn die Gewissheit besteht, daß in dem anderen Land nach den gleichen Grundsätzen verfahren wird. In ihrer Geneigtheit haben die beiden Regierungen deshalb feststellen können, daß jeder der beiden Staaten im Rahmen seiner Souveränität für die Behandlung der genannten Minderheiten nachstehende Grundsätze als maßgebend ansieht:

Verbot der Assimilation

1. Die gegenseitige Achtung deutscher und polnischer Volksstamms verhindert von selbst jeden Versuch, die Minderheit zwangsläufig zu assimilieren, die Bugehörigkeit zur Minderheit in Frage zu stellen oder das Bekennen der Zugehörigkeit zur Minderheit zu behindern. Insbesondere wird auf die jugendlichen Angehörigen der Minderheit keinerlei Druck ausgeübt werden, um sie ihrer Zugehörigkeit zur Minderheit zu entziehen.

Freier Gebrauch der Sprache

2. Die Angehörigen der Minderheit haben das Recht auf freien Gebrauch ihrer Sprache in Wort und Schrift sowohl in ihren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen wie in der Freizeit und in öffentlichen Versammlungen.

Den Angehörigen der Minderheit werden aus der Pflege ihrer Muttersprache und der Bräuche ihres Volksstamms sowohl im öffentlichen wie im privaten Leben keine Nachteile entzogen.

Recht auf Schulen

3. Das Recht der Angehörigen der Minderheit, sich zu Vereinigungen, auch zu solchen kultureller und wirtschaftlicher Art, zusammenzuschließen, wird gewährleistet. Die Minderheit darf Schulen in ihrer Muttersprache erhalten und errichten.

4. Auf kirchlichem Gebiet wird den Angehörigen der Minderheit die Pflege ihres religiösen Lebens in ihrer Muttersprache und die kirchliche Organisation gewahrt. In die bestehenden Beziehungen auf dem Gebiet des Bekennnisses und der karitativen Betätigung wird nicht eingegriffen werden.

Keine Benachteiligung

5. Die Angehörigen der Minderheit dürfen wegen ihrer Zugehörigkeit zu der Minderheit in der Wahl oder bei der Ausübung eines Berufes oder einer wirtschaftlichen Tätigkeit nicht benachteiligt oder benachteiligt werden. Sie genießen auf wirtschaftlichem Gebiet die gleichen

Mechte wie die Angehörigen des Staatsvolkes, insbesondere hinsichtlich des Besitzes oder Erwerbs von Grundstücken.

Uneingeschränkte Loyalität

Die vorstehenden Grundätze sollen in keiner Weise die Pflicht der Angehörigen der Minderheit zur uneingeschränkten Loyalität gegenüber dem Staat, dem sie angehören, berühren. Sie sind in dem Bestreben festgelegt worden, der Minderheit gerechte Daseinsvoraussetzung und ein harmonisches Zusammenleben mit dem Staatsvolk zu gewährleisten, was auf fortwährenden Festigung des freundschaftlichen Verhältnisses zwischen Deutschland und Polen beitragen wird.

Der höchste Rüstungshaushalt Frankreichs

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 5. November.

In französischen parlamentarischen Kreisen sind die Auseinandersetzungen über den Staatshaushalt jetzt durch die Rüstungsberatungen in Gang gekommen. Man kann aus dem ersten Auseinandersetzung auf lebhafte Pariser Debatten rechnen, wenn die Kammer am 10. dieses Monats ihre Sitzungen wieder aufnimmt. So sehr aber auch im einzelnen am Haushalt Bonnets Kritik geübt wird, so sehr schwiegt man sich über die Höhe der Rüstungsausgaben aus. Die Rüstungsausgaben betragen im ordentlichen Haushalt fast 11 Milliarden Franken und im außerordentlichen noch einmal etwas über 11 Milliarden Franken, insgesamt 22,58 Milliarden Franken. Das ist die höchste Ausgabe, die Frankreich in Friedenszeiten bisher für seine „Sicherheit“ ausgegeben hat. Die Summe liegt um drei Milliarden Franken höher als die vorjährige. Dabei müssen noch die Landesverteidigungsausgaben berücksichtigt werden, die in den Haushalten des Innens-, des Landwirtschafts- und des Kolonialministeriums verdeckt enthalten sind, so daß die Gesamtauswendungen also noch höher sind. Aber auch schon so machen die Rüstungsausgaben im neuen Haushalt Bonnets 33,07 v. H. aller Staatsausgaben aus.

26 Rüstungs-Sonderfabriken in England

London, 5. November.

Rüstungsminister Instip gab einige Einzelheiten über die Summe bekannt, die die englische Regierung bereit für Rüstungswaffe ausgeben hat. Seitdem er sein Amt übernommen habe, so erklärte Instip, also innerhalb von 18 Monaten bis zu zwei Jahren, habe die Regierung Rüstungsaussträge im Wert von 288 Millionen Pfund Sterling (über drei Milliarden £.) vergeben. 26 Sonderfabriken seien nur für Zwecke der Flotte geschaffen worden, 17 für die Armee und 15 für die Luftwaffe. Hinsichtlich des Ausbaues des Rüstungswesens äußerte sich Instip optimistisch. Er glaubte, so sagte er, daß, wenn man die notwendige Zeit dazu habe, auch die Zivilbevölkerung im Falle

Achtung von Volk zu Volk

Es war von jeher der Grundzirkel der Politik des Führers, daß eine Germanisierung fremden Volksstums abzulehnen ist, weil hierdurch das deutsche Volk selbst in seinem Bestand gefährdet werden muß. Der Führer hat diesen Standpunkt in zwei bedeutenden Reden vom 17. Mai 1933 und vom 21. Mai 1933 unmissverständlich zu verbreiten gegeben. Nach diesen Prinzipien hat die Führung des Deutschen Reiches gehandelt. Der Erfolg war, daß die etwa 80.000 Polen im Reich mit großem Freiwilligkeitsgeist im Rahmen der bestehenden Gesetze der Siege ihres Volksstums nachzugehen konnten. Der Vater der Polen im Reich, Dr. Kaczmarek, hat auch des Öfteren in Deutschland erklärt, daß unter dem Nationalsozialismus fast seiner Prinzipien das volkliche Volksstum sich ungehindert entfalten könne. Dementsprechend ist der Abschluß dieses Vertrages nur eine logische Konsequenz der bisher geübten deutschen großstädtischen Volksstumspolitik. Die Politik wurde von der politischen Bürokratie und der politischen Presse nicht immer erwähnt. Im Gegenteil waren die über eine Million Deutschen in der politischen Republik häufig starken Angriffen und Assimilationsbestrebungen ausgesetzt, die jedoch im großen Widerspruch standen zur Politik der politischen Regierung. Der politische Außenminister hat mehrfach erklärt, daß die politische Verfassung hat dies zugesichert, daß die Rechte der Deutschen in Polen unangetastet bleiben. Der entscheidende Mangel lag wohl auch hier in dem sogenannten internationalen Minderheitskonzept, der nichts anderes den Deutschen anstand, als die lächerlichen Menschen- und Bürgerrechte der französischen Revolution. Auch dies war ein Kollektivvertrag, der hier wegen der Kollektivität nicht bewahren konnte. Demgegenüber hat das Reich und Polen bereits auf dem rein staatspolitischen Gebiet eine Bindung vorgenommen durch den Deutsch-Polnischen Vertrag vom 28. Januar 1934. Erstmals wurde hier der Weg zweiteiliger Verträge beschritten. Der Führer selbst hat in einem Interview am ersten Jahrestag des deutsch-polnischen Abkommen gegenüber der „Gazeta Polska“ den Wunsch ausgedrückt, daß dieses Abkommen bald durch eine Vereinbarung über die Lage der Volksgruppen ergänzt werden möge. Wenn dies nunmehr die vorliegende Vereinbarung geschieht, so wird hierdurch eine Vereinbarung des staatspolitischen Abkommen von 1934 vermieden; denn gerade in den deutsch-polnischen Beziehungen spielen die Fragen der beiderseitigen Volksgruppen eine derart entscheidende Bedeutung — die Spannungen, die gerade in Polen aus diesem Grunde wegen unbegründeter Angriffe gegen die Deutschen vor kurzem zu bemerkten waren, beweisen dies —, daß die Volksstumsträger politisch nicht ausgeschaltet oder mit Schwachsinn überzeugt werden kann. Es sei hier an die Worte des Reichsinnenministers Dr. Frick erinnert, daß unsere Beziehungen zu fremden Staaten über die Deutschen in diesem Staate gehen. Zu erwarten ist aber dann auch, daß die politische Bürokratie, und ganz besonders die politische Presse, sich dem in dem Abkommen von ihrer Regierung gezeigten Geist anschließt und dadurch auch zur völkischen Achtung und Verständigung und zu einer vertikalen Entspannung auch auf dem Gebiete des Volksstumsträgers beiträgt. Damit wird durch die gegenseitige deutsch-polnische Erklärung, die ein verpflichtendes Verabreden in sich trägt, den Bürgern der deutschen Volksgruppe in weitestem Rahmen die Achtung getrogen werden. Der Welt wird durch den Erfolg der Vereinbarung gezeigt, daß dieser zweiteilige Volksstumovertrag die Idee von der Kollektivität der Verträge und Vertragspartner Eingang tritt, daß darüber hinaus ein zweiteiliger Vertrag nicht nur Brüder zwischen zwei Staatsführungen und zwischen zwei Staaten liegen kann, sondern daß er Brüder ist, die gleichzeitig verbindlich müssen wie damals. Das ist nicht geändert.

Der Führer und seine Männer haben die politische und lebenswerte Auseinandersetzung, die manche befürchteten, nicht gemacht, weil sie keine Verantwortung, sondern die Freiheit und das Recht zu einem sozialen Fortschritt und sozialen Wohlstand zu gewährleisten. Zwei wichtige Maßnahmen, die manche befürchteten, haben nicht stattgefunden, nämlich die sozialen Anstrengungen, die nicht durch den Führer und seinen Kabinettsmitgliedern, sondern durch den Volksstamme selbst getragen werden. Der Führer und seine Männer haben die politische und lebenswerte Auseinandersetzung, die manche befürchteten, nicht gemacht, weil sie keine Verantwortung, sondern die Freiheit und das Recht zu einem sozialen Fortschritt und sozialen Wohlstand zu gewährleisten. Zwei wichtige Maßnahmen, die manche befürchteten, haben nicht stattgefunden, nämlich die sozialen Anstrengungen, die nicht durch den Führer und seinen Kabinettsmitgliedern, sondern durch den Volksstamme selbst getragen werden. Der Führer und seine Männer haben die politische und lebenswerte Auseinandersetzung, die manche befürchteten, nicht gemacht, weil sie keine Verantwortung, sondern die Freiheit und das Recht zu einem sozialen Fortschritt und sozialen Wohlstand zu gewährleisten. Zwei wichtige Maßnahmen, die manche befürchteten, haben nicht stattgefunden, nämlich die sozialen Anstrengungen, die nicht durch den Führer und seinen Kabinettsmitgliedern, sondern durch den Volksstamme selbst getragen werden. Der Führer und seine Männer haben die politische und lebenswerte Auseinandersetzung, die manche befürchteten, nicht gemacht, weil sie keine Verantwortung, sondern die Freiheit und das Recht zu einem sozialen Fortschritt und sozialen Wohlstand zu gewährleisten. Zwei wichtige Maßnahmen, die manche befürchteten, haben nicht stattgefunden, nämlich die sozialen Anstrengungen, die nicht durch den Führer und seinen Kabinettsmitgliedern, sondern durch den Volksstamme selbst getragen werden. Der Führer und seine Männer haben die politische und lebenswerte Auseinandersetzung, die manche befürchteten, nicht gemacht, weil sie keine Verantwortung, sondern die Freiheit und das Recht zu einem sozialen Fortschritt und sozialen Wohlstand zu gewährleisten. Zwei wichtige Maßnahmen, die manche befürchteten, haben nicht stattgefunden, nämlich die sozialen Anstrengungen, die nicht durch den Führer und seinen Kabinettsmitgliedern, sondern durch den Volksstamme selbst getragen werden. Der Führer und seine Männer haben die politische und lebenswerte Auseinandersetzung, die manche befürchteten, nicht gemacht, weil sie keine Verantwortung, sondern die Freiheit und das Recht zu einem sozialen Fortschritt und sozialen Wohlstand zu gewährleisten. Zwei wichtige Maßnahmen, die manche befürchteten, haben nicht stattgefunden, nämlich die sozialen Anstrengungen, die nicht durch den Führer und seinen Kabinettsmitgliedern, sondern durch den Volksstamme selbst getragen werden. Der Führer und seine Männer haben die politische und lebenswerte Auseinandersetzung, die manche befürchteten, nicht gemacht, weil sie keine Verantwortung, sondern die Freiheit und das Recht zu einem sozialen Fortschritt und sozialen Wohlstand zu gewährleisten. Zwei wichtige Maßnahmen, die manche befürchteten, haben nicht stattgefunden, nämlich die sozialen Anstrengungen, die nicht durch den Führer und seinen Kabinettsmitgliedern, sondern durch den Volksstamme selbst getragen werden. Der Führer und seine Männer haben die politische und lebenswerte Auseinandersetzung, die manche befürchteten, nicht gemacht, weil sie keine Verantwortung, sondern die Freiheit und das Recht zu einem sozialen Fortschritt und sozialen Wohlstand zu gewährleisten. Zwei wichtige Maßnahmen, die manche befürchteten, haben nicht stattgefunden, nämlich die sozialen Anstrengungen, die nicht durch den Führer und seinen Kabinettsmitgliedern, sondern durch den Volksstamme selbst getragen werden. Der Führer und seine Männer haben die politische und lebenswerte Auseinandersetzung, die manche befürchteten, nicht gemacht, weil sie keine Verantwortung, sondern die Freiheit und das Recht zu einem sozialen Fortschritt und sozialen Wohlstand zu gewährleisten. Zwei wichtige Maßnahmen, die manche befürchteten, haben nicht stattgefunden, nämlich die sozialen Anstrengungen, die nicht durch den Führer und seinen Kabinettsmitgliedern, sondern durch den Volksstamme selbst getragen werden. Der Führer und seine Männer haben die politische und lebenswerte Auseinandersetzung, die manche befürchteten, nicht gemacht, weil sie keine Verantwortung, sondern die Freiheit und das Recht zu einem sozialen Fortschritt und sozialen Wohlstand zu gewährleisten. Zwei wichtige Maßnahmen, die manche befürchteten, haben nicht stattgefunden, nämlich die sozialen Anstrengungen, die nicht durch den Führer und seinen Kabinettsmitgliedern, sondern durch den Volksstamme selbst getragen werden. Der Führer und seine Männer haben die politische und lebenswerte Auseinandersetzung, die manche befürchteten, nicht gemacht, weil sie keine Verantwortung, sondern die Freiheit und das Recht zu einem sozialen Fortschritt und sozialen Wohlstand zu gewährleisten. Zwei wichtige Maßnahmen, die manche befürchteten, haben nicht stattgefunden, nämlich die sozialen Anstrengungen, die nicht durch den Führer und seinen Kabinettsmitgliedern, sondern durch den Volksstamme selbst getragen werden. Der Führer und seine Männer haben die politische und lebenswerte Auseinandersetzung, die manche befürchteten, nicht gemacht, weil sie keine Verantwortung, sondern die Freiheit und das Recht zu einem sozialen Fortschritt und sozialen Wohlstand zu gewährleisten. Zwei wichtige Maßnahmen, die manche befürchteten, haben nicht stattgefunden, nämlich die sozialen Anstrengungen, die nicht durch den Führer und seinen Kabinettsmitgliedern, sondern durch den Volksstamme selbst getragen werden. Der Führer und seine Männer haben die politische und lebenswerte Auseinandersetzung, die manche befürchteten, nicht gemacht, weil sie keine Verantwortung, sondern die Freiheit und das Recht zu einem sozialen Fortschritt und sozialen Wohlstand zu gewährleisten. Zwei wichtige Maßnahmen, die manche befürchteten, haben nicht stattgefunden, nämlich die sozialen Anstrengungen, die nicht durch den Führer und seinen Kabinettsmitgliedern, sondern durch den Volksstamme selbst getragen werden. Der Führer und seine Männer haben die politische und lebenswerte Auseinandersetzung, die manche befürchteten, nicht gemacht, weil sie keine Verantwortung, sondern die Freiheit und das Recht zu einem sozialen Fortschritt und sozialen Wohlstand zu gewährleisten. Zwei wichtige Maßnahmen, die manche befürchteten, haben nicht stattgefunden, nämlich die sozialen Anstrengungen, die nicht durch den Führer und seinen Kabinettsmitgliedern, sondern durch den Volksstamme selbst getragen werden. Der Führer und seine Männer haben die politische und lebenswerte Auseinandersetzung, die manche befürchteten, nicht gemacht, weil sie keine Verantwortung, sondern die Freiheit und das Recht zu einem sozialen Fortschritt und sozial